

KI auf die politische Tagesordnung in Brüssel: 13 Regeln für KI in Europa



Unser derzeitiges Steuerrecht begünstigt Maschinen gegenüber Menschen. Regierungen erleichtern den Ausbau von Rechenzentren, für die Wälder gerodet, fossile Brennstoffe eingesetzt und ohnehin knappe lokale Wasserressourcen beansprucht werden ? zum Vorteil einiger einflussreicher Unternehmen. Doch das lässt sich ändern. Ein neues Positionspapier von 17 Forschenden zeigt, wie die EU und das Vereinigte Königreich die Entwicklung der KI durch gemeinsame Regeln steuern können.

Am 20. November empfangen António Costa und Ursula von der Leyen den britischen Premierminister Andy Burnham zum zweiten EU-UK-Gipfel in Brüssel. Auf der angekündigten Tagesordnung stehen Verteidigung, Energie, Vorschriften für die Agrar- und Lebensmittelbranche, Klima und Migration. Trotz jüngster Berichte über KI-Agenten, die aus ihren Test- und Kontrollumgebungen ausbrechen, und einer Forderung von mehr als 1.100 Beschäftigten der Branche an die Regierungen, die Entwicklung der KI zu bremsen, steht künstliche Intelligenz nicht auf der Tagesordnung.

Ein neues Positionspapier von Forschenden der Universitäten Sussex, Cambridge, Bologna, Macerata und Innsbruck, des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, der Max-Planck-Gesellschaft, des Hasso-Plattner-Instituts, des Umweltbundesamts und zivilgesellschaftlicher Organisationen argumentiert jedoch, dass es höchste Zeit ist, KI zu regulieren - und dass die EU und das Vereinigte Königreich dabei vorangehen müssen. Das Positionspapier formuliert dreizehn Regeln, deren Umsetzung die Regierungen der EU und des Vereinigten Königreichs vorantreiben sollten.

"In der KI-Debatte geht es vor allem um Sicherheit. Das Positionspapier spricht sich dafür aus, klare Grenzen für Modelle festzulegen und die Haftung ihrer Anbieter durchzusetzen. Dabei wird jedoch übersehen, dass die am weitesten verbreiteten Schäden durch KI finanzieller und physischer Art sind und dass KI-Unternehmen Menschen bereits heute schaden", sagt Jochen Büttner, Mitautor des Positionspapiers am Max-Planck-Institut für Geoanthropologie (MPI-GEA).

Ein Steuerrecht, das Menschen gegenüber Maschinen begünstigt

Steuersysteme wurden für eine Wirtschaft geschaffen, in der Wert vor allem durch Löhne entsteht. In den Vereinigten Staaten liegen die effektiven Steuersätze auf Arbeit zwischen 25,5 und 33,5 Prozent, während sie für Ausstattung und Software etwa fünf Prozent betragen. In den OECD-Ländern entfallen rund 57 Prozent der Steuereinnahmen auf Arbeit und etwa 19 Prozent auf Kapital. Ersetzt ein Unternehmen Beschäftigte durch Software, sinken sowohl die Lohnkosten als auch die Steuerzahlungen. Die öffentlichen Haushalte verlieren dadurch doppelt: Einerseits gehen die Einnahmen zurück, andererseits steigen die Kosten für die Unterstützung entlassener Beschäftigter. Das Ausmaß des Problems ist beträchtlich.

Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass weltweit jeder vierte Arbeitsplatz und in Ländern mit hohem Einkommen 34 Prozent der Arbeitsplätze Tätigkeiten umfassen, die von generativer KI betroffen sein könnten. Das Positionspapier schlägt vor,

Steuerregeln abzuschaffen, die Automatisierung gegenüber Beschäftigung begünstigen, eine nutzungsabhängige Abgabe auf Rechenleistung einzuführen und einen Teil des Werts der genutzten Daten der Öffentlichkeit zugutekommen zu lassen.

"Die Steuerbasis verlagert sich schneller von Arbeit zu Kapital, als die Steuerbehörden darauf reagieren können?, sagt Jürgen Renn, Mitautor des Positionspapiers und Direktor am MPI-GEA. "Ohne Reformen wird KI durch Kürzungen bei genau den Sozialleistungen finanziert werden, die die Folgen KI-bedingter Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit abfedern."

Technologie wieder umweltfreundlicher machen

Digitale Technologien versprochen einst eine Entmaterialisierung: weniger Papier, weniger Reisen und intelligentere Stromnetze. Der KI-Boom entwickelt sich jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Am 6. Oktober ordnete eine finnische Behörde der örtlichen Tochtergesellschaft von Google an, die Arbeiten an zwei Rechenzentrumsstandorten einzustellen, nachdem dort rund 300 Hektar Wald ohne Genehmigung gerodet worden waren. In den Vereinigten Staaten betreibt xAI in Memphis Gasturbinen mit einer Leistung von rund 1,5 Gigawatt. Meta hat sich verpflichtet, für seinen Campus in Louisiana zehn gasbefeuerte Kraftwerke zu bauen. Zudem haben 59 Rechenzentrumsprojekte eine Stromerzeugungskapazität von insgesamt rund 90 Gigawatt angekündigt, die auf Gasturbinen und Gasmotoren basiert. In Spanien übersteigt der Wasserbedarf von zwei Dritteln der Rechenzentren zu bestimmten Zeiten im Jahr das lokale Angebot. Laut Angaben der Internationalen Energieagentur stieg der Strombedarf von Rechenzentren im Jahr 2025 um 17 Prozent, während der gesamte Strombedarf nur um 3 Prozent zunahm. Das Vereinigte Königreich beschleunigt die Genehmigungsverfahren für Rechenzentren in sogenannten "AI Growth Zones", ohne verbindliche Vorgaben zu Energieeffizienz, Wasserverbrauch oder Abwärmenutzung zu nennen. Es ist unklar, warum große Technologieunternehmen damit durchkommen, während lokale Unternehmen in Europa seit Langem strengen Regulierungen unterliegen.

Das Positionspapier schlägt deshalb vor, dass sowohl Anbieter von KI-Modellen als auch Betreiber von Rechenzentren den ökologischen Fußabdruck von KI über den gesamten Lebenszyklus hinweg offenzulegen ? vom Bergbau bis zur Deponie. Zudem sollten neue Rechenzentren einem öffentlichen Genehmigungsverfahren unterliegen, das mit dem Verfahren für eine neue Start- und Landebahn an einem Flughafen vergleichbar ist. Eine Genehmigung sollte nur erteilt werden, wenn der Strombedarf durch neu errichtete Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie gedeckt wird, die der Betreiber selbst beschafft hat. So würde KI zusätzliche Kapazitäten für saubere Energie schaffen, statt mit Gas betrieben zu werden. Behörden sollten eine Genehmigung verweigern können, wenn sich die Umweltauswirkungen nicht mit hinreichender Sicherheit bewerten lassen.

Europa hat die Hebel in der Hand

Zusammengenommen entfallen auf die EU und das Vereinigte Königreich etwa ein Viertel der weltweiten Nachfrage nach KI. Der sogenannte "Brüssel-Effekt" beschreibt, wie Vorgaben für den europäischen Binnenmarkt häufig zu globalen Unternehmensstandards werden. Doch auch die Angebotsseite spielt eine wichtige Rolle. Für die Herstellung hochmoderner KI-Chips werden Lithografiertechnik von ASML in den Niederlanden sowie Optik von ZEISS eingesetzt. Seit dem 2. August verfügt die Europäische Kommission über Durchsetzungsbefugnisse in Bezug auf KI-Modelle für allgemeine Zwecke. Am 21. September leitete die Kommission eine Konsultation zu Mindestleistungsstandards für Rechenzentren ein. Das Positionspapier legt dar, dass die EU bereits über eine rechtliche Grundlage verfügt, die sie nun in Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich stärken muss.

"In Europa wird über KI gesprochen, als ginge es im Silicon Valley ausschließlich um Sicherheit", sagt Felix Creutzig, Hauptautor des Positionspapiers vom Bennett Institute an der University of Sussex. "Die Schäden, die uns unmittelbar betreffen, sind ein Steuersystem, das den Ersatz von Menschen durch Software belohnt, sowie ein digitaler Sektor, der einst umweltfreundlich war und nun zunehmend umweltschädlich wird - mit gerodeten Wäldern in Finnland und Gasturbinen in Memphis. Der Gipfel am 20. November bietet die Gelegenheit, die Regeln auf den Tisch zu legen."

Das Positionspapier schlägt eine übergreifende Betriebslizenz für KI-Modelle für allgemeine Zwecke in der EU und im Vereinigten Königreich vor. Hinzu kommen zwölf weitere Regeln zu den Themen Demokratie, Arbeit und Gerechtigkeit, planetare Gesundheit und Sicherheit. Die Autorinnen und Autoren fordern die Staats- und Regierungschefs der EU und des Vereinigten Königreichs auf, KI in die Gipfelerklärung aufzunehmen, sich auf eine gemeinsame Betriebslizenz zu verständigen und gemeinsame Standards für

Rechenzentren und Besteuerung in die britische G20-Präsidentschaft im Jahr 2027 einzubringen.

"Wichtige Regeln und anzuwendende Gesetze" (weitere Informationen in Englisch):

<https://www.gea.mpg.de/246643/put-ai-on-the-table-in-brussels?c=192964>

Die Veröffentlichung. Creutzig, F. et al., Thirteen Rules for Advancing AI Regulation in Europe, white paper, version of 14 September 2026, Coll, Falmer and Berlin. Verfügbar unter <https://bennettinstitutesussex.org/stories/new-bennett-led-report-sets-out-thirteen-rules-for-advancing-ai-regulation-in-europe/>. Das Papier schlägt eine übergeordnete Regel, zwölf inhaltliche Regeln und eine Regel zur Umsetzung vor. Die Regeln werden jeweils nach dem Reifegrad des Instruments (etabliert, im Entstehen begriffen oder explorativ) und nach der erwarteten Schwere des behandelten Risikos eingeordnet. Grundlage dieser Einstufung ist eine Delphi-Studie mit 272 Expertinnen und Experten (Saeri et al., MIT FutureTech, 2026).

Vorgehensweise. Die Regeln wurden auf der Grundlage von 14 Vorschlägen, die zwischen Mai und Juli 2026 online eingereicht wurden, sowie zweier Workshops am 25. Juni und 21. Juli 2026 erarbeitet und in 42 Entwürfen weiter verfeinert.

Mitwirkende. Felix Creutzig (Bennett Institute, University of Sussex, und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung); Matthew Agarwala (Bennett Institute, University of Sussex); Jochen Büttner (Max-Planck-Institut für Geoanthropologie); Jobst Heitzig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Zuse-Institut Berlin); Carolin Kemper (Hasso-Plattner-Institut); Matthias C. Kettemann (Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin, und Universität Innsbruck); Michael Luck (University of Sussex); Dirk Messner (Umweltbundesamt, UBA); Daria Onitui (Hasso-Plattner-Institut und Oxford Internet Institute); Jürgen Renn (Max-Planck-Institut für Geoanthropologie); Giovanni Sartor (Universität Bologna); Shumaila H. Shahani (Tech Global Institute); Benjamin Sovacool (Bennett Institute, University of Sussex); Matthias Spielkamp (AlgorithmWatch); Simona Tiribelli (Universität Macerata); Sander van der Linden (Universität Cambridge); Dominic Watters (University of Sussex). Die Mitwirkenden unterzeichnen das Positionspapier in persönlicher Eigenschaft.

Verwandte Arbeiten. Creutzig, F. et al., Governing artificial intelligence for planetary health, Lancet Planetary Health 10, 101408 (2026).

Originalpublikation:

Felix Creutzig; Matthew Agarwala; Jochen Büttner; Jobst Heitzig; Carolin Kemper; Matthias C. Kettemann; Michael Luck; Dirk Messner; Daria Onitui; Jürgen Renn; Giovanni Sartor; Shumaila H. Shahani; Benjamin Sovacool; Matthias Spielkamp; Simona Tiribelli; Sander van der Linden; Dominic Watters Thirteen Rules for Advancing AI Regulation in Europe Bennett Institute Sussex